

In eigener Sache

Nach langer Pause erscheinen die 'Antifa-Nachrichten-Thüringen' wieder. Sie erscheinen allerdings endgültig zum letzten Mal. Dies ist eine Zeitung ohne Redaktion und erscheint ledglich aus juristischen Gründen.
Per Gerichtsbeschluß wurde Angelo Lucifero verpflichtet, die auf Seite 2 ff. dokumentierte Gegendarstellung abzudrucken. Tut er das nicht, dann kann er zu einer Vertragsstrafe von DM 20.000 verurteilt werden.
Der Inhalt der Gegendarstellung hat vor Gericht nie eine Rolle gespielt. Es gab daher **keine Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der Gegendarstellung**.
Die ANT ist trotzdem gezwungen diese abzudrucken.

Dies ist Dank vieler Spenden und durch die Unterstützung der 'Thüringer Antifa Nachrichten' möglich.
Um die 2.500,- DM, die diese Ausgabe kostet nicht ganz zum Fenster rauszuschmeißen haben mir die Redaktion der ThAN und einige andere Antifa-Zeitungen ihre Artikel zum Abdruck überlassen.

Inhalt

Eine Rasse - der Mensch

Unter diesem Motto fand am 5.11. in Erfurt der dritte Thüringer antirassistische Ratschlag statt. Ca. 200 Menschen beteiligten sich an den 15 Diskussionsforen. Mehr als 900 beteiligten sich an der abendlichen Demonstration gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft.

Einer der Demonstrationsredner war Jürgen Korell von der BAG Kritischer PolizistInnen. Wir dokumentieren seine Rede:

"Eine Rasse - der Mensch

dies haben zu viele BürgerInnen in diesem Land immer noch nicht begriffen. Nach wie vor werden andersaussehende Menschen geschlagen, gedemütigt und getötet.
Weder Lichterketten, noch sonstige Demonstrationen konnten daran etwas ändern. Viele PolitikerInnen, scheinbar überhaupt



Gegendarstellung

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" am 13.04.93 eine Postverschickung gemacht hat, mit der "Information und Entscheidungshilfe zu den kommenden Wahlen 1993/94" verschickt und den Betriebsräten für die Lösung der Arbeitsplatzprobleme die Ausländer als Sündenbock angeboten wurden.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" am 13.04.93 keine Postverschickung gemacht hat und schon gar nicht mit einem ausländerfeindlichen Inhalt. Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" hat ausländische Mitbürger in keiner einzigen Veröffentlichung oder mündlichen Aussage für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" einen braunen und rassistischen Kern hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" eng mit ehemaligen Mitarbeitern Dr. Martin Luther Kings aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zusammenarbeitet und nazistisches und rassistisches Denken vehement bekämpft.

Es ist nicht wahr, daß die Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" "Nazis ohne Hakenkreuze" sind.

Wahr ist, daß die Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" die nationalsozialistische Weltanschauung und deren Symbolik strikt ablehnen und bekämpfen.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" den "Kampf gegen die ewige (sic!) britische Politik" und gegen den "zionistisch-britischen Organismus", der "zerstört werden muß, damit die Menschheit leben kann", zu ihrer Aufgabe erklärt hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" niemals - weder in schriftlicher oder mündlicher Form - eine solche Äußerung getätigt und derartiges zu ihrer Aufgabe erklärt hat.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" in dem Revisionisten Christophersen ihre ideale Leitfigur entdeckt hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" weder in Revisionisten, noch in einem Herrn Christophersen ihre Leitfigur entdeckt hat. Es besteht keinerlei Verbindung zu diesem Personenkreis.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" zusammen mit einem Professor Wilhelm Petersen an Buchillustrationen zu Christophersens 'Plattdeutschen Geschichten' gearbeitet hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" weder einen Professor Wilhelm Petersen kennt noch an einem Buch von Christophersen mitgearbeitet hat.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" ein Porträt über Thies Christophersen geschrieben hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" niemals ein lobhudelndes Porträt über Thies Christophersen geschrieben hat.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" Thies Christophersen beherbergt hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" Herrn Christophersen niemals beherbergt hat.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" Nazi-Größen wie Adolf Hitler und Rudolf Hess verehrt.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" in keiner schriftlichen oder mündlichen Äußerung Hitler, Hess oder andere Nazi-Größen jemals in positivem Zusammenhang erwähnt hat, da dies diamentral zu den Prinzipien und programmatischen Aussagen der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" ist.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" 1989 an einer Feier zu Ehren Hitlers bei der spanischen faschistischen Jugendorganisation CEDADE in Madrid teilgenommen hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" niemals an Feiern zu Ehren Hitlers teilgenommen hat, auch nicht bei der CEDADE in Madrid.

Es ist nicht wahr, daß Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" verschiedene Repräsentanten und Funktionäre der Neofaschisten wie Leon Degrelle, Pedro Varela und Ewald Bela Althans bei einer Feier in Madrid kennengelernt haben.

Wahr ist, daß die Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" bei Feiern von Neofaschisten noch nie teilgenommen haben und auch keine neo-faschistischen Funktionäre - auch nicht Degrelle, Varela oder Althans - kennengelernt haben.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" mit verklärten Blicken und romantisierender Einfalt an Straßenaufmärschen der Faschisten in Madrid teilgenommen haben.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" niemals bei Straßenaufmärschen von Faschisten in Madrid oder irgendeiner anderen Stadt teilgenommen haben.

Es ist nicht wahr, daß sich Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" in einem Lokal in Madrid aufgehalten haben, wo Lieder mit Texten über Rudolf Heß und ein Lied Mit dem Titel "Die Fahne hoch" gesungen wurden.

Wahr ist, daß kein einziges Mitglied der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" sich jemals in einem solchen Lokal in Madrid aufgehalten hat.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" zu einer Tagung des "Nordischen Rings" eingeladen wurde.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" nie zu einer Tagung des "Nordischen Rings" eingeladen wurde.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" zu einem Treffen der Revisionisten im französischen Haguenau im "Hotel National" eingeladen wurde.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" niemals zu

Treffen von Revisionisten eingeladen wurde auch nicht zu einem Treffen von Revisionisten im französischen Haguenau.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" sich rhetorisch an die nationalsozialistische Gleichschaltung der Nation 'gegen den Weltvergifter aller Völker, dem internationalen Judentum' anlehnt.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" die nationalsozialistische Weltanschauung in keinem einzigen Punkt teilt.

Es ist nicht wahr, daß programmatische Äußerungen der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" an Hitlers Programme anknüpfen.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" in keinem einzigen Punkt an Hitlers Programme anknüpft.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" deutliche Merkmale des Antisemitismus aufweist.

Wahr ist, daß in keiner einzigen schriftlichen oder mündlichen Aussage der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" antisemitische Äußerungen zu finden sind.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" keine eigene Parteizeitung hat.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" mit Gewalttätigkeiten gegen Organisationen wie die VVN, die SPD, die Grünen sowie Gewerkschaften agiert.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" die Politik der in der Vergangenheit vom Bundes Verfassungsschutz als kommunistische Tarnorganisation eingestuft VVN ablehnt, und mit den Kreisen in SPD, Grünen und Gewerkschaften, die seit Jahren eine Deindustrialisierungs- und Nullwachstumspolitik vertreten in politischem Diskurs steht, der jedoch niemals mit gewalttätigen Mitteln ausgetragen wurde. Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" lehnt Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung grundsätzlich ab.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" gegen Kritiker, Homosexuelle, Aids-Kranke hetzt.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" weder gegen Kritiker, Homosexuelle noch Aids-Krank hetzt, sondern in demokratischer Weise als Partei am politischen Willensbildungsprozeß teilnimmt.

Es ist nicht wahr, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" eine faschistische Organisation ist, die geschulte Schlägertrupps hat.

Wahr ist, daß die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" keine faschistische Organisation ist und auch keine geschulten Schlägertrupps unterhält.

Widerruf

In der Zeitung Antifa-Nachrichten Thüringen, Ausgabe Nr. 2 vom Oktober 1993 haben wir auf Seite 2 und 3 unter der Überschrift "Braune Socken im blauen Anzug" über die Bürgerrechtsbewegung Solidarität behauptet,

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe am 13.04.93 eine Postverschickung gemacht, mit der "Informations- und Entscheidungshilfe zu den kommenden Wahlen 1993/94" und den Betriebsräten für die Lösung der Arbeitsplatzprobleme die Ausländer als Sündenbock angeboten.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe einen braunen und rassistischen Kern.

Die Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" seien "Nazis ohne Hakenkreuze",

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe den "Kampf gegen die ewige (sic!) britische Politik" und gegen den "zionistisch-britischen Organismus", der "zerstört werden muß, damit die Menschheit leben kann", zu ihrer Aufgabe gemacht.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe in dem Revisionisten Christophersen ihre ideale Leitfigur entdeckt.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe zusammen mit einem Professor Wilhelm Petersen an Buchillustrationen zu Christophersens "Plattdeutschen Geschichten" gearbeitet.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe ein lobhudelndes Porträt über Thies Christophersen geschrieben.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe Thies Christophersen beherbergt.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" verehre Nazi-Größen wie Adolf Hitler und Rudolf Hess.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe 1989 an einer Feier zu Ehren Hitlers bei der spanischen faschistischen Jugendorganisation CEDADE in Madrid teilgenommen.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe verschiedene Repräsentanten und Funktionäre der Neo-Faschisten wie Leon Degrelle, Pedro Varela und Ewald Bela Althans bei einer Feier in Madrid kennengelernt.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe an Straßenaufmärschen der Faschisten in Madrid teilgenommen.

Die Mitglieder der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" haben sich in einem Lokal in Madrid aufgehalten, wo Lieder mit Texten über Rudolf Hess und ein Lied mit dem Titel "Die Fahne hoch" gesungen worden seien.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" sei zu einer Tagung des "Nordischen Rings" eingeladen worden.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" sei zu einem Treffen der Revisionisten im französischen Haguenau im "Hotel National" eingeladen worden.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" lehne sich rhetorisch an die nationalsozialistische Gleichschaltung der Nation "gegen den Welt-

vergifter aller Völker, dem internationalen Judentum" an.

Programmatische Äußerungen der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" knüpften an Hitlers Programme an.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" weise deutliche Merkmale des Antisemitismus auf.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" habe ein Parteipamphlet mit Namen "Neue Solidarität".

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" agiere mit Gewalttätigkeiten gegen Organisationen wie die VVN, die SPD, die Grünen sowie Gewerkschaften.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" hetze gegen Kritiker, Homosexuelle, Aids-Kranke u.a.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" sei eine faschistische Organisation, die geschulte Schlägertrupps habe.

Diese Behauptung widerrufen wir hiermit als unwahr.

Fortsetzung v. Seite 1

nicht lernfähig, schüren mit dem Kampfbegriff Innere Sicherheit Fremdenfeindlichkeit in einer kaum zu überbietenden Instinktlosigkeit.
Während die Asylbewerberzahlen durch die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie die Abschottung Deutschlands und des westlichen Europas sinken und das Bundesinnenministerium regelmäßig und mit Stolz die neusten Zahlen veröffentlicht, sterben immer mehr Menschen auf der Flucht in eine illegale und vermeintlich bessere Existenz.
Bis heute hat es die Polizei nicht verstanden, so zu handeln, daß AusländerInnen sich in Deutschland sicher fühlen können.
Im Gegenteil, sie wurden selbst auf einigen Polizeiwachen Opfer rassistischer Gewalttaten. Dort, wo sie Schutz zu erwarten haben, wurden sie zusammengeschlagen und zum Teil noch schlimmer gedemütigt. Amnesty international und die internationale Öffentlichkeit berichteten in den letzten Monaten über Polizeiübergriffe in Deutschland. Trotzdem wird offiziell verharmlost, indem sich die Innenminister schützend vor "ihre" Polizei stellen und das Vorhandensein von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bei der Polizei leugnen.
Verstöße gegen die Menschenwürde durch PolizistInnen dürfen nicht damit verharmlost werden, daß die Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft bezeichnet wird oder daß die Anzahl der bekanntgewordenen Übergriffe den 250.000 PolizistInnen gegenübergestellt werden.

Wir als PolizistInnen dürfen uns nicht - wie so oft - als RichterInnen aufspielen und zur Selbstjustiz greifen. Wir sind nicht die Moralapostel dieser Gesellschaft, sondern haben über die Einhaltung von Regeln zu wachen, wobei wir selbst Regeln einzuhalten haben, die diese Gesellschaft in Form von Gesetzen aufgestellt hat.

Doch PolizistInnen müssen nicht nur Gesetze achten. Sie sollten auch fremde Kulturen achten. Damit deutsche PolizistInnen andere Kulturen kennenlernen können, müssen ImmigrantInnen zumindest ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend in die Polizei eingestellt werden.
ImmigrantInnen sind sicherlich nicht die besseren Menschen.
Sie werden aber zu einem gegenseitigen Verständnis beitragen - das der Konfliktvermeidung dienen wird.

Letztendlich darf der unsägliche Korpsgeist innerhalb der Polizei keinen Bestand mehr haben. Korpsgeist macht die Aufklärung von Übergriffen fast unmöglich. Wer ihn praktiziert, achtet weder seinen Diensteid noch die Berufsethik. PolizistInnen, die gegen die Menschenwürde verstoßen, haben keinen kollegialen Schutz verdient.

Die Polizei steht im Dienst dieser Gesellschaft und dieser Gesellschaft gehören alle hier lebenden Menschen an. Sie alle haben Anspruch auf Schutz, dem die Polizei gerecht werden muß.
Aber auch alle anderen haben die Pflicht einzuschreiten, wenn Menschen exzessiv attackiert werden.

Wer weg- oder zuschaut, wenn Menschen aus fahrenden S-Bahnen geworfen werden, ist nicht besser als die handelnden Täter."

Stuttgarter Zeitung vom 26.10.94, Seite 6

Mailbox für Neonazis bei Mannheim sichergestellt

MANNHEIM (lsw). Bei der Durchsuchung einer Wohnung hat die Polizei am Dienstag in einer Stadt im Rhein-Neckar-Raum eine rechtsextremistische Computer-Mailbox sichergestellt.
Informierten Kreisen zufolge wurde der an das rechtsgerichtete "Thule-Netz" angeschlossene Computer sowie mehrere Disketten beschlagnahmt.
Der Wohnungsinhaber sei jedoch nicht festgenommen worden, da keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr bestanden habe. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Mannheim wollte die Durchsuchung und die Sicherstellung weder bestätigen noch dementieren.
Ebenfalls am Dienstag hatte das hessische Landeskriminalamt (LKA) die Wohnungen von zwei mutmasslichen Betreibern rechtsextremistischer Computer-Mailboxen in Kassel und Frankfurt durchsucht.

---

9. November 1994

Internationaler Tag gegen Rassismus und Antisemitismus! Schutz und gleiche Rechte für Roma!

Am 9. November 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen. Die Reichspogromnacht war der Beginn der systematischen Verfolgung und Vernichtung der Juden in Deutschland. Der 9. November ist der internationale Gedenktag der Opfer von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart.

In ganz Europa sind die Roma eine besondere Zielgruppe rassistischer Gewalt und Diskriminierung geworden. Ihnen werden systematisch Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten. Sonderausweise für Roma (Italien), die Einleitung von Maßnahmen zur Zwangsadoption von Roma-Kindern (Italien), die Neudefinierung von Roma als AusländerInnen (Tschechische Republik), das staatliche Ignorieren von Pogromen gegen Roma (Rumänien) gehören ebenso zur europäischen Realität wie die Kriminalisierung und Verfolgung der Roma als "Problem der inneren Sicherheit" (Bundesrepublik Deutschland).

Am 9. November 1994 solidarisierten sich Hunderte von Initiativen aus 27 europäischen Ländern mit den Roma als Teil einer internationalen Kampagne, die vom europäischen antirassistischen Netzwerk UNITED und dem Roma National Congress (RNC) initiiert wurde. Mit großen und kleinen Demonstrationen wurde internationaler Druck für den Schutz und die Gleichberechtigung der Roma ausgeübt. Die Botschaften der größten Unterdrückerstaaten, insbesondere der Tschechischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Bulgarien sowie Großbritannien, Italien, Spanien und der Slowakei wurden mit tausenden von Faxen, Briefen und Postkarten überschüttet.

Zum ersten Mal fand damit eine breite Zusammenarbeit zwischen antirassistischen, antifaschistischen, Menschenrechts- und jüdischen Gruppen einerseits und den Organisationen der Roma andererseits statt.
(jb)

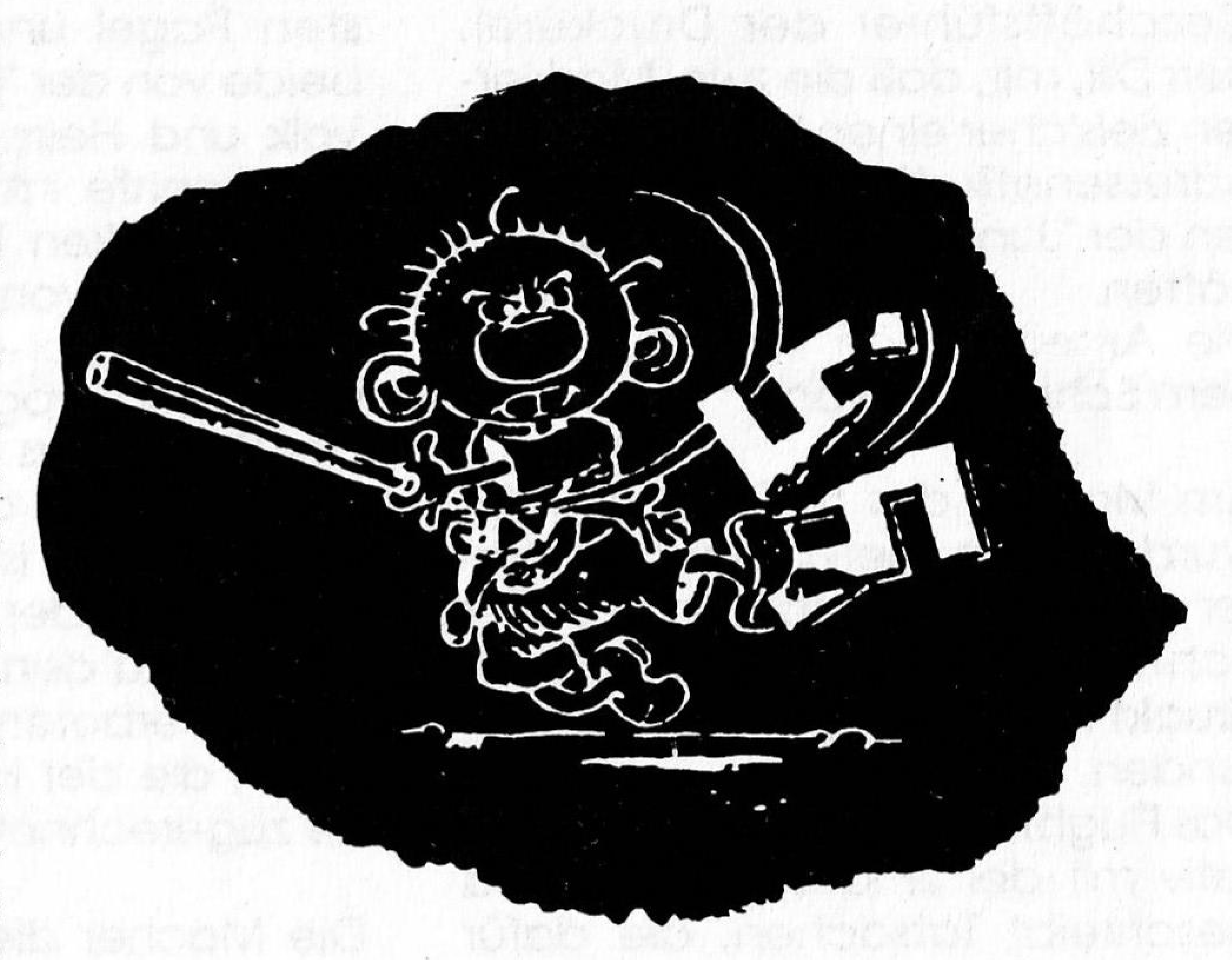


LeserInnen-Briefe

SAI

Liebe Redaktion der Antifa-Nachrichten! In der letzten Ausgabe fand ich auf Seite 10 Foto und Adresse eines "Kaders der Wiking-Jugend". Ich bin nun ratlos, was ich mit dieser Kontaktanzeige anfangen soll. In den Anti-Anti-Antifa-Datenbanken sind die WJ-Kader doch hoffentlich erfaßt. Und meine Buttersäure habe ich bereits unwiderruflich der SAI (Stiftung Antiquierte Ideen) vermacht. Über eine Antwort von Dir, liebe Redaktion, würde ich mich sehr freuen.
Julika B.

Anmerkung der Redaktion Thüringer Antifa-Nachrichten: Zugeben Steckbriefe zu veröffentlichen ist nicht gerade eine phantasievolle Form des Widerstandes. Bedrohten bleibt aber durch die Tatenlosigkeit des Staates offensichtlich nichts anderes übrig als sich tatkräftig der eigenen Haut zu erwehren. Die, die im Glaskasten sitzen, können sich die SAI erhaben leisten, die direkt den Angriffen ausgesetzt sind, müssen das Handwerkszeug benutzen, daß Ihnen zur Verfügung steht. Die ThAN ist eins dieser Werkzeuge.



Dritter antirassistischer Ratschlag

Bei letzten antifaschistischen Ratschlag wurde der Film "Überleben im Terror - Ernst Federns Geschichte" abgesetzt. Warum geschah dies und wer hat dies veranlaßt?
(**Anmerkung der Redaktion:** Der Film wurde abgesetzt, weil es nicht gelungen ist für die Vormittagsvorführungen (Zielgruppe SchülerInnen) eine entsprechende pädagogische Begleitung zu gewährleisten und allein für eine Vorführung der Kostenaufwand von ca. 1.000,- DM zu hoch gewesen wäre.)
Ich glaube, daß für eine antifaschistische Bildungsarbeit die Beschäftigung mit der ganzen Geschichte des Antifaschismus unverzichtbar ist. Ich würde Euch bitte, dazu öffentlich zu diskutieren. Ich meine, daß dieser Film in einem bestimmten Zusammenhang zu den nun veröffentlichten SED-Protokollen zu Buchenwald und KPD steht. Oder gibt es richtige und falsche Erinnerungen? Natürlich fragt sich, wie schützt sich der Zeitzeuge und seine Multiplikatoren vor Beifall von der falschen Seite - oder ist dies eine unrichtige Frage? Braucht der Antifaschismus Tabus?

Noch eine Beobachtung von der den Ratschlag abschließenden Demo. Was bedeutet die hörbare Nichtübereinstimmung zwischen Appellen des Lautsprecherwagens und der Sprechchöre? So wird z.B. Toleranz gefordert und die mehrheitlich jugendlichen Teilnehmer skandieren "Nazis raus!"

Bernd Wittich

Überfall auf Druckerei in Weimar

Am späten Abend des 4. Oktober überfielen zwei Maskierte die in Weimar ansässige Union-Druckerei.
In einem Gespräch mit Angelo Lucifero, Mitherausgeber der Antifa Nachrichten, Köln, teilte der Geschäftsführer der Druckerei, Herr Dill, mit, daß die zwei Maskierten zielsicher einen Karton mit den Adressenetiketten der Abonnenten der "Jungen Freiheit" gegriffen hätten.
Die ArbeiterInnen kamen mit einem Schreck davon.

Am Morgen des 5. Oktober 1994 wurde in den Briefkästen der Erfurter Innenstadt Flugblätter mit der Schlagzeile **"CDU-Druckerei druckt Nazizeitung in Weimar"** gefunden.
Das Flugblatt setzte sich argumentativ mit der JF auseinander und beschreibt Tatsachen, die dafür sprechen, daß die JF eine Zeitung mit Bindefunktion zwischen Rechtskonservativen und Neofaschisten sei.
Darin heißt es unter anderem wörtlich:
"Eine der zynischsten Zeitung der braunen Propaganda ist die JUNGE FREIHEIT, deren Redaktionssitz in Potsdam zu finden ist. Im konservativem Gewand kommen die Kriegstreiber, z.B. Generäle a.D., deren Traum die globale Führungsmacht der Bundesrepublik ist, ebenso wie Holocaustleugner wie z.B. der englische Auschwitzlügner David Irving zu Wort ...."

Auch wenn die anonymen Flugblattautoren unrecht haben, wenn sie behaupten es handele sich um eine CDU-Druckerei, so haben sie 100%ig Recht in der Einschätzung der JF.

Andreas Hamann, Journalist aus Berlin, den wir hier zitieren, kam vor Monaten nach einer längeren Recherche zum selben Ergebnis:

"So sehr sich konservative Hardliner von Nazi-Nostalgikern abheben, so wenig läßt sich leugnen, daß es heute mehr Berührungspunkte gibt als früher. Die 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen', die mit Wiking-Jugend und anderen Neonazis zusammenarbeitet, feierte Anfang vergangenen Jahres gemeinsam mit einem "Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk".

Maßgebliche Leute im Bildungswerk sind die JF-Mitarbeiter Carsten Pagel und Thorsten Thaler, beide von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat". Heinrich Lummer konnte im Frühjahr 1993 nur durch starken Druck der Berliner CDU-Spitze von einem Vortrag im "Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk" abgehalten werden. Der Pluralismus in dem politischen Spektrum, das die "Junge Freiheit" erreichen will, ist umwerfend: Führungsmitglieder der "Liga" halten Kontakt zu den Köpfen der inzwischen verbotenen "Deutschen Allianz", die der Hard-Core-Naziszene zugerechnet werden.

Die Macher dieses salonfaschistischen Zentralorgans und ihre geistigen Sponsoren geben sich locker. Tatsächlich haben sie eine rechtsradikale Sammlungsbewegung im Sinn, aus der eines Tages eine knallharte Nationale Partei entstehen könnte. ..."

Andreas Hamann (In Ausblick März 1994)

Gegenüber den Antifa-Nachrichten erklärte der Geschäftsführer Dill, daß er die "Junge Freiheit" nicht als neofaschistisch, sondern dem rechten Rand der CDU zugeordnet habe.
Und er stellte klar, daß die Union-Druckerei zwar bis 1990 der CDU, nun aber zu der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gehört.

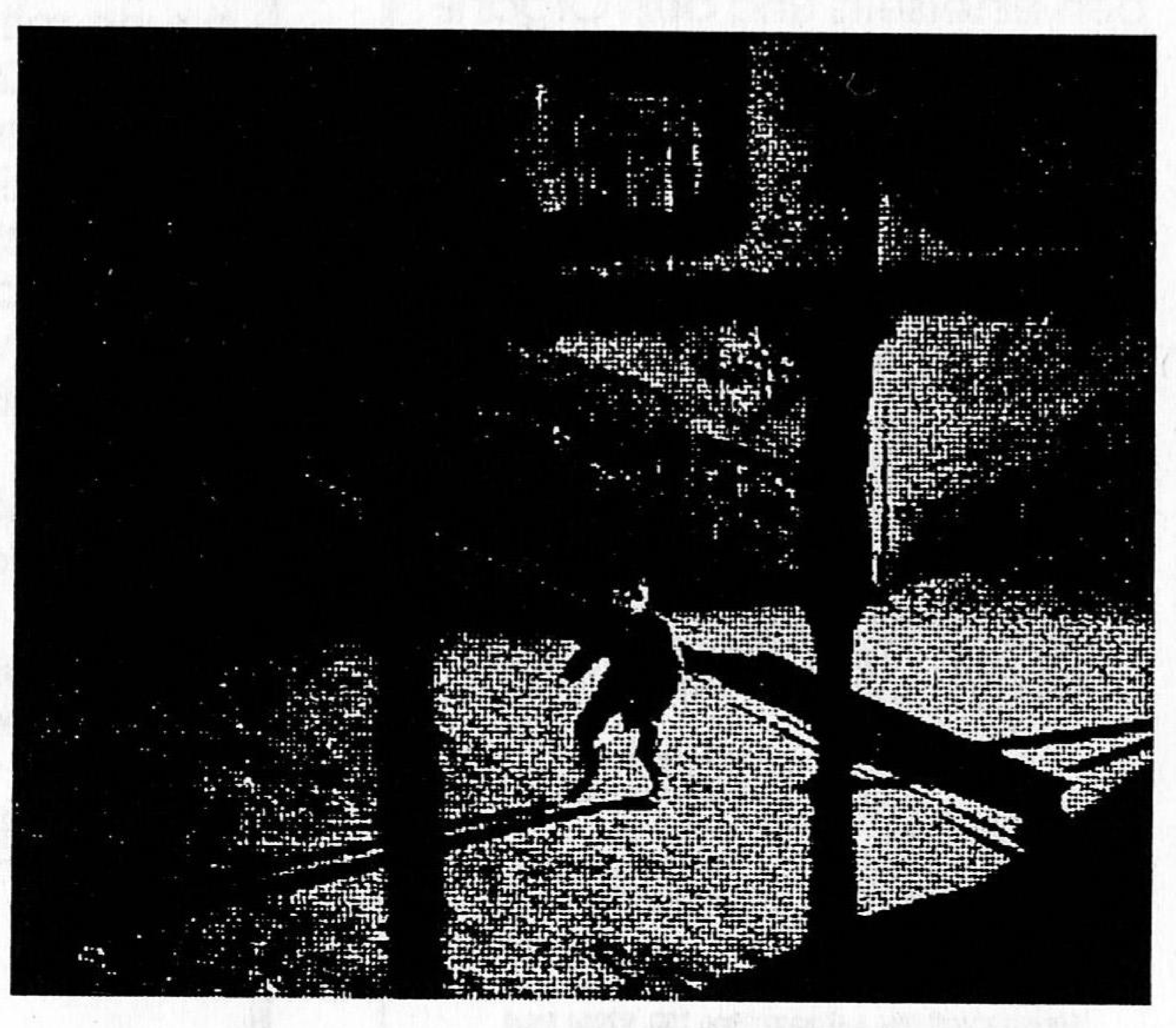
Wenn er fundierte Erkenntnisse darüber bekäme, daß die JF eine rechtsextreme Zeitung sei, dann werde er aus dem Druckauftrag aussteigen,
erklärte Herr Dill.

Zwei sicherlich sehr unterschiedliche Gesprächspartner - der Manager Dill und der antifaschistisch aktive Gewerkschafter - waren sich darin einig, daß Überfalle auf Druckereien als Mittel zur Bekämpfung der "JF" abzulehnen seien und damit einem so ehrenwerten Anliegen, wie der Bekämpfung von Rassismus und Neofaschismus, nur Schaden zufügt werde.

Man war sich aber auch darin einig, daß die Debatte um "Schindlers Liste" deutlich gemacht habe, daß es der Zivilcourage bedarf, um gegen Rassismus und Neofaschismus vorzugehen.
Auch im Anblick des Verlustes eines Druckauftrages von 15.000 rechtsextremen Zeitungen, dürfe man sich nicht an der Verbreitung menschenfeindlichen Gedankenguts mitschuldig machen.

Kann sich die Druckerei zur Kündigung des Druckauftrages entschließen, dann hat die Geschäftsführung den "zwei Maskierten" wirkliche Größe dokumentiert.

Man darf gespannt sein, ob Herr Dill zu seiner Aussage steht.



Küßt die Faschisten ...

Interview mit L.H., aus der Nähe von Arnstadt, ehemaliges NPD-Mitglied. Wir haben dieses Gespräch geführt, weil wir meinen, daß es Aufschluß gibt über die Denkweise der Neonazi-Szene, aber auch mancheN anregen könnte über allzu schnelles Ausgrenzen nachzudenken.

Du warst Mitglied der NPD. Von wann bis wann? Was hat Dich dazu bewogen Mitglied einer neofaschistischen Partei zu werden?

L.H.: Mein Eintritt war 1990 und endete 1991. Ausgelöst wurde es durch meine Arbeit in den alten Bundesländern, ich war gleich nach Öffnung der Grenzen nach Hessen gegangen. In der Firma (?), in der ich gearbeitet habe, war der Sohn meines Chefs Anhänger der Wehrsportgruppe Hoffmann.
Mitglied werden wollte ich eigentlich nie, irgendwann habe ich doch unterschrieben, weil zu einer bestimmten Versammlung nur Mitglieder durften, besondere Auszeichnung und so...
Da hatte ich noch immer keine Ahnung, was es heißt, gegen Menschen vorzugehen, die aus anderen Ländern kommen oder anders sprechen.
Ich war zu ein bis zwei Versammlungen und sprach auch mit Leuten, aber das war irgendwie nur ein Spiel, jugendlicher Leichtsinn? Bis ich begriff, wie diese Menschen denken und vor allem handeln. Ich bekam Angst vor mir selbst, so was mal selber tun zu müssen.

Warum bist Du wieder ausgetreten? Hast Du Angst vor eventuellen Angriffen durch deine ehemaligen "Kameraden"?

L.H.: Ich bin ja nicht gerade ein Schwächling und solche Leute brauchen die.
Eines Tages hätte ich das auch beweisen müssen, unschuldige Menschen zu schlagen oder umzubringen, damit wollte ich nichts zu tun haben. Ein Teil der Anhänger können meines Erachtens gar nicht denken. Als ich nach Thüringen zurück ging, ist die Verbindung lockerer geworden, und das habe ich genutzt, um auszutreten.
Angst vor Angriffen habe ich selbst eigentlich weniger, ich weiß aber, daß ich damit rechnen könnte. Das Ziel wären wahrscheinlich Frau und Kind, das ist schmerzhafter.
Wenn man die Seiten wechselt oder nur einfach nicht mehr mitmachen will, muß man mit irgendwas rechnen.

Welche politischen und vielleicht auch juristischen Maßnahmen könnten Deines Erachtens die neofaschistischen Parteien isolieren und die Mitläufer von ihnen abwenden?

L.H.: Die Fascho-Szenen, die ich kenne, sind teilweise 14-16jährige als Mitläufer oder so einer wie ich es war, dem ein falsches Bild vorgelegt wird. Erzählt wird vor allem, wenn es keine Ausländer mehr in Deutschland gibt, ist mehr Arbeit da und mehr Wohnraum, eben ein rein arisches deutsches Volk.
Bei Gruppenführern und "Höhergestellten" sind die Grenzen von 1937 immer noch deutlich vor den Augen.
Unterbinden hieße, z.B. bei Übergriffen auf Ausländer müßte es juristische Strafen geben, die wirklich abschrecken. Das Zeigen des Hitlergrußes ist eine juristische Straftat, aber das sieht man bei dieser Regierung wohl nicht so eng. Oder das Einstufen der NPD als verfassungsfeindliche Partei wäre eine Chance, Leute zu isolieren. Man kann es unterbinden durch Gespräche, Aufklärung von jungen Leuten (Zeitung), aufmerksam machen durch Demos und so, Zusammenarbeit mit Antifas. Andererseits weiß ich aus eigener Erfahrung, Gewalt kann man nur mit Gegengewalt beantworten.

Man sieht Dich in letzter Zeit öfters bei Antifa-Demos. Glaubst Du, daß die Demos politisch in Thüringen etwas bewegen?

L.H.: Die Demos in Thüringen bewegen meines Erachtens schon etwas. Aber es sind zu wenig Leute und auch zu wenig Demos. Entweder junge oder viel ältere Leute, die die Nazizeit schon mitgemacht haben. Zu viele schauen weg, es geht sie nichts an.
Z.B. die Demo in Arnstadt war ok., nur die Organisation war nicht das, was ich mir gedacht habe. In

so einer Hochburg muß man aggressiver vorgehen, wieso konnten die Leute nicht weiter laufen, es waren doch gar keine Rechten zu sehen? Wenn sich die Polizei nur an festgelegten Wegen hochzieht, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Situation außer Kontrolle gerät. Vielleicht wären dann ein paar Leute aufmerksam geworden.

Nicht wenige Antifas meinen, daß mit den organisierten Neofaschisten keine politische Auseinandersetzung möglich ist. Vielleicht kennst Du ja die Losung "Schlagt die Faschisten, aber trefft sie!". Ist das Deines erachtens ein adäquates Mittel die Faschos zu isolieren?

L.H.: Für meine Begriffe gibt es mit wirklich organisierten Faschisten tatsächlich keine Diskussionsmöglichkeit, die dreht keiner um. Wichtiger ist aber die Auseinandersetzung mit den vielen, die nur "mitmachen". Klar brauchen davon manche Dresche, damit sie es kapieren, aber Reden ist immerhin möglich. Das muß öffentlich geschehen, auch am Biertisch, gerade in Dörfern kennt man sich untereinander, weiß auch viel aus alten Zeiten, was man anbringen kann. Zu viele gucken nur zu und sagen ihre Meinung hinter vorgehaltener Hand, das ist einfacher und macht keinen Ärger. Aber ohne Öffentlichkeit, und da gehört auch wenn es nicht anders geht eine richtige Klopperei dazu, werden die nie allein dastehen.

Fast zwei millionen Menschen haben den Europawahlen neofaschistisch gewählt. Überall in Europa, in Italien stellen sie sogar die Regierung, bekommen die Faschos und andere rechtsextreme Parteien immer mehr Zulauf. Sind die Wähler auch Faschisten oder sind es eher Mitläufer, die bei einer anderen Politik anders wählen würden?

L.H.: Ein Teil der Wähler sind die Eingetragenen, die werden immer wählen gehen, aus Überzeugung. Den Zulauf kriegen die nicht durch mehr Mitglieder, sondern zu zwei Dritteln durch Leute, die entweder Sympatisanten sind oder einfach anders sein wollen. Kein Vertrauen mehr zu den großen Parteien, also eine Stimme den Reps und eine der PDS! in den letzten Tagen habe ich so oft Meinungen gehört, wie z.B.
- die Braunen sollen gar nicht drankommen, aber so'n bißchen ärgern sollen sie die Großen ruhig
- nur ein Jahr die Braunen an der Macht, dann wäre "Ordnung"
- so viel Gammler und Rummhänger hat es bei Adolf nicht gegeben.

Die Leute denken nicht nach, sie verbinden sich selber überhaupt nicht mit Rechten, sie sind nicht betroffen, uns passiert schon nichts, gegen einen ordentlichen Deutschen haben die ja nichts usw.usw.



Helfen Gesetze gegen rassistische Diskriminierung?

Britannien und sein Antidiskriminierungsgesetz

In der Bundesrepublik ist der Ruf nach einem Antidiskriminierungsgesetz laut geworden: Rassistischen Gewalttaten, Mißhandlungen von AusländerInnen durch die Polizei, Diskriminierungen durch Versicherungen, Hausbesitzer und Arbeitgeber soll mit einem Gesetz begegnet werden. In einigen europäischen Ländern und in den USA gibt es schon seit Jahrzehnten Antidiskriminierungsgesetzgebungen. Kann man eine positive Bilanz ziehen? Können rassistische Diskriminierungen wirksam verhindert werden? Wir werfen einen Blick auf Britannien!

Die Minderheitensituation

5,5% der britischen Bevölkerung gehört den ethnischen Minderheiten an. Die meisten von ihnen sind EinwanderInnen aus den ehemaligen Kolonien Indien, Pakistan und den karibischen Inseln, dem "New Commonwealth". Als Untertanen der britischen Krone haben sie und ihre Nachkommen die britische Staatsbürgerschaft - ein wichtiger Unterschied zu den "Gastarbeitern" in Deutschland, die (und deren Kinder) auch nach 30 Jahren noch "Ausländer" ohne staatsbürgerliche und politische Rechte sind.

Rassistische Diskriminierung

Ungeachtet ihrer rechtlichen Gleichstellung standen die Schwarzen in ökonomischer und sozialer Hinsicht zunächst am Rande der Gesellschaft: Sie hatten die schlechteren Arbeitsplätze und Wohnungen, wurden in den Schulen und Universitäten und bei den Behörden benachteiligt. "No blacks" war die Antwort der weißen Mehrheit auf die legitimen Ansprüche der schwarzen Minderheit. Die Minderheiten begannen, sich gegen die Ausgrenzung zu or-

ganisieren. In den 60er Jahren befürchtete die Labour-Regierung, daß es - wie in den USA - zu "Rassenkonflikten" (race riots) kommen würde. Um die Konflikte zu glätten wurde 1965 das erste Gesetz gegen rassistische Diskriminierung (Race Relations Act) verabschiedet, es folgten Neufassungen 1968 und 1976.

Das Antidiskriminierungsgesetz

Der "Race Relations Act" von 1976 enthält einen Katalog von Maßnahmen, einerseits zur Sanktionierung von Diskriminierungen und andererseits zur Gleichstellung der ethnischen Minderheiten:

* Offene und versteckte Diskriminierungen etwa auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen wurden verboten.
* Eine nationale "Kommission für rassische Gleichheit" (Commission for Racial Equality) wurde eingerichtet. Die Kommission kann Fälle von Diskriminierungen vor Gericht bringen, Diskriminierungen (z. B. die Einstellungs- und Beförderungspraxis von Unternehmen) untersuchen und sie kann positive Maßnahmen, etwa Bildungsprojekte für ethnische Minderheiten auf den Weg bringen.
* Institutionen, Arbeitgeber, Behörden u. s. w. können auf Grundlage des Gesetzes zu Verhaltensänderungen verpflichtet werden.

Eine kritische Bilanz

Zu den positiven Ergebnissen gehört zweifellos die Signalwirkung des Gesetzes. Die britische Öffentlichkeit weiß, daß die ethnischen Minderheiten unter gesetzlichem Schutz stehen und sie weiß, daß rassistische Diskriminierung nicht geduldet werden. Positiv ist auch, daß es eine nationale Einrichtung gibt, die die Kompetenz hat, Diskriminierungen zu untersuchen und Verhaltensänderungen einzufordern.

Gleichwohl muß man feststellen, daß das Gesetz in nun fast 20 Jahren rassistische Diskriminierungen durch Einzelpersonen, Behörden, Institutionen und Arbeitgeber nicht stoppen konnte. Im Gegenteil hat auch in Britannien der Rassismus in den letzten Jahren zugenommen. Deshalb stellt sich die Frage: "Helfen Gesetze gegen rassistische Diskriminierungen?"

Meines Erachtens gibt es zwei grundsätzliche Probleme: Erstens kann ein Gesetz rassistische Diskriminierungen nicht ursächlich verhindern. Das Gesetz schreibt einen Verhaltenskodex vor und droht mit Sanktionen, es kann jedoch keine Einstellungen verändern. Rassismus ist ein strukturelles Problem der britischen und auch der bundesdeutschen Gesellschaft. Das historische Dominanzverhältnis zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung, der Versuch der Weißen, durch die Ausgrenzung der Schwarzen an der gesellschaftlichen Macht teilhaben zu können, läßt sich nicht durch ein Gesetz auflösen. Das zweite Problem entsteht dadurch, daß ein Antidiskriminierungsgesetz nur greifen kann, wenn die ethnischen Minderheiten definiert, erfaßt und zum Gegenstand von Politik gemacht werden. Um von positiven Maßnahmen, etwa Computerkursen für Schwarze, profitieren zu können, muß Mensch sich als "Schwarz" definieren. Die Bedeutung von Nationalität und Ethnizität der Menschen wird daher nicht geringer sondern stärker.

Konsequenzen für die BRD?

Die aufgeworfenen Probleme sprechen nicht gegen ein Antidiskriminierungsgesetz. Meines Erachtens sollten wir allerdings in der Bundesrepublik sehr genau darüber nachdenken, was wir von einem Antidiskriminierungsgesetz erwarten können. Ein solches Gesetz vollbringt keine Wunder. Gegen viele Tatbestände rassistischer Diskriminierung existieren bereits jetzt Gesetze in der BRD. Wir wissen alle, wie wenig diese Gesetze wert sind, wenn kein politischer Druck besteht, sie anzuwenden. Und wir sollten genau darüber nachdenken, ob der Schutz von Minderheiten an die individuellen Menschenrechte (Art. 3 Grundgesetz) oder aber an die jeweilige Gruppenzugehörigkeit gebunden werden sollte. Ein Antidiskriminierungsgesetz hätte heute vor allem eine politische Signalwirkung. Und trotzdem: Ein Gesetz ist ein Gesetz ist ein Gesetz.

(jb)

Bild - Hand in Hand mit den Neonazis?

15. November 1994, Angelo Lucifero hat Termin bei der Erfurter Staatsanwaltschaft. Grund: NPD Vorsitzender Deckert hatte ihn wegen "Nötigung" angezeigt. Pikanterweise hatte der NPD-Vorsitzende nichts anderes als Beweismittel als die Bildzeitung vorzulegen.
Unter der Schlagzeile "Ich vermiete doch nicht an Neo-Nazis!" (10.12.1993) hatte die Bildzeitung versucht, den Eindruck zu erwecken, daß Vertreter der Gewerkschaft hbv mit der PDS gemeinsame Sache machen und einen "unbescholtenen" Gaststättenbesitzer (Piroschka, Arnstadt) unter Druck setzen.

Ungewollter Service an Nazi-Szene?

Seit geraumer Zeit kapriziert sich die Bildzeitung, Lucifero, natürlich mit Bild, in Zusammenhänge zu bringen, die in der Regel mit "Linksradikalismus", "Gewalt" oder Ähnlichem zu tun haben.
In der letzten Veröffentlichung "Spur führt zur Gewerkschaft" (7.10.94) versucht die Bildzeitung, Lucifero in Zusammenhang zu bringen mit dem Überfall von zwei Maskierten auf die Uniondruckerei Weimar (siehe Beitrag in dieser Zeitung).
Die verschiedenen Bildveröffentlichungen wurden häufig von der Neonazi-Szene aufgegriffen und in der Regel setzte nach solchen Veröffentlichungen bei L. Telefonterror ein. Von Morddrohungen über aufgeschlitzte Reifen reichte die Palette.
Die Neonazi-Szene scheint die Bildzeitung als Indikatorin für das Ausfindigmachen ihrer Feinde zu nutzen und wie im Fall Deckert sogar als Zeugin für Anzeigen, mit dem Ziel, sie mundtot zu machen.

Da das Mittel der Gegendarstellung eher eine stumpfe Waffe ist, um sich gegen rufmordartige Kampagnen im Stile der "Bild" zu wehren, hat L. beim Presserat Beschwerde eingeleitet.

Es gärt bei den Rechten

Das miserable Bundestagswahlergebnis der Republikaner hat die Diskussion um die Etablierung einer Partei rechts der Union neu angefacht. Unübersehbar fällt der Schatten des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider auf die Szenerie. Dessen Erfolgsrezept zu kopieren ist der deutschen Rechten bislang trotz erheblicher Mühen nicht gelungen. Von der FDP über die REPs bis hin zu Freys DVU und der NPD wird nun wieder darüber diskutiert, wie auf Dauer eine stabile rechts-bürgerliche Mehrheit gesichert werden kann. Daß es eine rechts der Union angesiedelte Partei geben müsse, ist in diesem Lager Konsens. Zunehmend verlieren dabei die honorigen Stichwortgeber ihre Scheu, auch ganz weit rechtsaußen mögliche "Diskussionspartner" zu suchen. Selbst die penetrantesten Leugner der Nazi-Verbrechen finden beispielsweise bei Ernst Nolte, dem rechten Vordenker des 1986 entfachten Historikerstreits, mittlerweile Anerkennung. Nolte empfindet eine Partei rechts von der Union als überfällig.

Rechte Töne aus der FDP

Die aktuelle Diskussion um eine neue rechte Partei wurde eröffnet von einem Kreis innerhalb der Berliner FDP, der den drohenden Exitus dieser Partei zum Anlaß nahm, deren offen rechte Formierung zu betreiben. Vordergründig geht es den Leuten um Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und den Welt-Redakteur Rainer Zitelmann dabei um die "Rettung" der FDP, die nur in der Besinnung auf die Nation eine Chance habe. In ihrem "Manifest Berliner Freidemokraten" wird dabei kräftig gegen alles vom Leder gezogen, was an linksliberalen Inhalten in Teilen der FDP noch vorhanden ist. Originalton: "Feministinnen wollen nicht Gleichberechtigung, sondern eine neue ‚Apartheid`"; "Ökohysterie darf nicht Leitfaden der FDP-Politik sein"; "Der Staat muß sich auf seine ursprünglichen Aufgaben, die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, konzentrieren." Ansprechpartner für die FDP-Politik müßten die "Leistungsträger" sein, die "nicht durch ständig steigende Steuern belastet werden" dürften. Und es gehört zu den Besonderheiten dieses nationalen Diskurses, Europa allenfalls als "Staatenbund", nicht aber als "Bundesstaat" gelten zu lassen.

Diese Diskussion hat insbesondere im Kreis um Zitelmann schon eine längere Tradition. Da erschien in diesem Jahr bei Ullstein ein Sammelband "Die selbstbewußte Nation. 'Anschwellender Bocksgesang' und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte", in dem neben dem Verfasser des "Bocksgesangs", Botho Strauss, eben dieser Zitelmann, der schon erwähnte Ernst Nolte, der konservative Berliner Professor Reinhart Maurer, der Redakteur der rechtsradikalen Postille Junge Freiheit, Roland Bubik, und weitere Vertreter des neurechten Spektrums versammelt sind.
In dem Ullstein-Sammelband werden denn auch weitere Stichworte genannt: Kampagnen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richteten sich "in Wahrheit keineswegs gegen Neonazis und Rechtsextremisten", sondern "gegen die demokratische Rechte". Der Wiener Korrespondent des Rheinischen Merkur, Peter Meier-Burgfeld, hetzt gegen den Feminismus: "Der Staat muß (...) vom Leben seiner Söhne als Soldaten zehren, das kann keine Frauenmoral billigen."

Der Ende September ausgerechnet in der taz veröffentlichte "Berliner Appell - Wehret den Anfängen!" schlug in dieselbe Kerbe: Warnung vor dem erneuten Vormarsch des Sozialismus in Gestalt der PDS, Protest gegen die "Hexenjagd auf Konservative". Auch wenn sich beispielsweise Sarah Kirsch später von ihrer Unterschrift distanzierte (was die Initiatoren nicht gelten lassen wollen), gelang es Zitelmann und Co., ein interessantes Spektrum auf dieser Plattform zu vereinigen: Neben ihm selbst und dem Herausgeber des Ullstein-Sammelbands, Heimo Schwilk, waren dabei: Heinrich Lummer, Berliner CDU-Rechtsaußen und immer wieder als möglicher Kandidat einer rechten Formierung genannt; Alfred Dregger, ausgemusterter CDU-Hardliner; Kanzlerberater Basilius Streithofen, wegen antisemitischer Äußerungen ("Die Juden sind mit die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers") aufgefallen; aber auch Freya Klier und Wolfgang Templin. Zitelmanns Bemühungen gehen also weit über eine innerparteiliche Diskussion in der FDP hinaus. Er ist heute einer derjenigen, die den neurechten Diskurs an prominenter Stelle führen und der offenbar jetzt eine Gelegenheit sieht, seine Vorstellungen in konkrete (Partei-)Politik umzusetzen. Zitelmann ist Chef der Welt-Beilage "Geistige Welt" und war zuvor Cheflektor der Verlage Ullstein und Propyläen, die im Besitz von Herbert Fleissner sind. Fleissner, Alleingeschäftsführer der drittgrössten Buchverlagsgruppe (nach Bertelsmann und Holtzbrinck) in der Bundesrepublik, Ullstein-Langen-Müller-Herbig, ist Mitglied des revanchistischen "Witiko-Bundes" und Träger der Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht, die vom "Bund der Vertriebenen" (Bd.) gestiftet wird. Er gehört auch zum engsten Unterstützerkreis der rechtsintellektuellen Wochenzeitung Junge Freiheit (JF).
Zitelmann selbst genießt bis weit ins extrem rechte Lager Anerkennung: Karl Richter, Chefideologe der neonazistischen "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), bezeichnete ihn in Nation & Europa, dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ bundesdeut-

scher Rechtsextremisten, als "talentierten Nachwuchshistoriker".

Auch die beiden Herausgeber des Ullstein-Sammelbandes sind bei Springers Welt tätig: Ulrich Schacht arbeitet dort als Kultur-Chefreporter, Heimo Schwilk ist Ressortleiter Kultur. Schwilk war Autor des JF-Vorgängers Student und ist langjähriger Autor in der Zeitschrift Criticon, die sich selbst als "Kristallisationspunkt für konservative Intelligenz jenseits des niedergehenden Milieus der Unionsparteien" definiert und gemeinsam mit der JF an der Rekonstruktion eines "Konservatismus" rechts von CDU und CSU arbeitet. Daß die Autoren des Berliner Manifests tatsächlich eine Kursänderung der FDP erreichen werden, ist eher unwahrscheinlich. Der Verfasserkreis jedenfalls gehört zu einem Diskussionszusammenhang der deutschen Rechten, der immer wieder und bislang immer ohne Erfolg versucht hat, eine rechte Partei zu etablieren, die parlamentarisches Gewicht gewinnen kann. Gerade die Beschwörung einer Wiederkehr des Sozialismus (!), gegen die die Besinnung des Liberalismus auf die Nation zu setzen sei, erinnert dabei fatal an die "Nationalliberale Aktion" um Erich Mende und Siegfried Zoglmann, mit der zwischen 1969 und 1972 eine SPD/FDP-Koalition ausgehebelt werden sollte. Der damalige Versuch scheiterte knapp, die führenden Vertreter der NLA fanden in der CSU/CDU neue Futterkrippen.

Bündnispartner für eine FDP-Abspaltung könnten von Stahl, Zitelmann und Co. aus Manfred Brunners "Bund Freier Bürger" gewinnen, der Anfang dieses Jahres einen ähnlichen Versuch gestartet und in weiser Voraussicht des sicheren Scheiterns ganz auf seine großspurig angekündigte Bundestagskandidatur verzichtet hatte.

REPs kaputt ?

Ganz den Eindruck eines Boxers, der die letzten Runden nur noch mit offener Deckung übersteht, machten spätestens seit ihrem Scheitern bei den Europawahlen die REPs, bei denen im August dann der offene Kampf ausbrach: Die Mehrheit des Vorstands versuchte, REP-Chef Schönhuber wegen seines Techtelmechtels mit der bislang immer als absolute Konkurrentin betrachteten "Deutschen Volksunion" (DVU) des Gerhard Frey abzusetzen. Gegen diesen Beschluß seiner Kollegen bemühte Schönhuber die Gerichte, die seinen endgültigen Ausschluß aus der Partei vom Votum eines Parteitages - darauf hatte Schönhuber geklagt - abhängig machten. Dieser Parteitag soll nun Ende November stattfinden. Ob Schönhuber dort - wie schon vor Jahren bei seiner ersten "Entmachtung" - noch einmal gewinnen kann, ist nicht vorauszusagen. Unklar ist auch, ob Schönhuber seine Ankündigung vom Sommer, freiwillig zurücktreten zu wollen, angesichts der Querelen wahrmachen wird. Je nach Ausgang dieser Entscheidung aber werden die Republikaner sich in der Diskussion um eine rechte Perspektive wohl unterschiedlich verhalten.
Seit Wochen trommelt der DVU-Vorsitzende Frey in seinen Zeitungen (Deutsche Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung) gegen die Schönhuber-Kritiker. Frey rechnet den REPs vor, daß sie bei den letzten 26 Wahlen immer dann scheiterten, wenn sie nicht im Bündnis angetreten waren oder in Absprache mit der DVU einen Alleingang versucht hatten. Schönhubers Gegner werden in Freys Zeitungen als die "Brutus-AG" bezeichnet; Schönhuber-Gegner Alexander Hausmann sei ein Freimaurer mit Beziehungen zu amerikanischen Wallstreet-Logenbrüdern; der baden-württembergische REP-Chef Schlierer wirke so, "als habe Fernseh-Ulknudel Harald Schmidt etwas mit TV-Kobold Fred Feuerstein gehabt" (Originalton DNZ). Selbst die Mobilisierung übelster antisemitischer Vorurteile fehlt nicht: Hausmann sei "jüdischer Herkunft (an sich gewiß nicht ehrenrührig!)." (DWZ, 28.10.94) Ganze Leserbriefseiten werden mit Meinungsäußerungen gegen die Spalter Schlierer und Hausmann gefüllt.
Ganz offensichtlich will Frey die Schönhuber-Fraktion bei den REPs beerben. Wie die ausgetretene Bundesschriftführerin der REPs, Martina Rosenberger, enthüllt hat, war Schönhuber schon seit längerem bereit, mit der DVU zusammenzuarbeiten. Er war z.B. dafür, die zerfallene DVU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag bei den REPs aufzunehmen. Eine Zusammenarbeit sei aber jeweils eher an Frey denn an Schönhuber gescheitert. Ob Freys gegenwärtige Umarmungsstrategie auch dann noch Bestand hat, wenn Schönhuber erneut für den REP-Vorsitz kandidiert, bleibt abzuwarten.
Ähnliches Interesse an der rechten REP-Erbmasse hat im übrigen auch Günther Deckert, Vorsitzender der NPD und gerade erneut wegen Volksverhetzung vor Gericht, geäußert. Er, der auch in der Vergangenheit immer wieder Bündnisse im rechten Lager initiiert hatte, schlägt eine "offensive Umarmung" der REPs vor. Alle "nationalen Gruppen und Parteien" sollten im Rahmen des NPD-Modells "Bündnis Deutschland" die Grundlage für "nationale Wahlerfolge" schaffen. Ob er allerdings von Frey und Co. als Bündnispartner ernst genommen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Ganz kampflos werden aber die Schönhuber-Gegner bei den REPs das Terrain nicht räumen. Insbesondere Hausmann und Schlierer orientieren sich dabei traditionell stärker in Richtung des rechten Randes der Union. Insbesondere Schlierer konnte in seinem Wahlkreis in Stuttgart mit 4,9% ein für REP-Verhältnisse sehr gutes Ergebnis erzielen und peilt nun eine CDU/REP-Koalition bei den Landtagswahlen 1996 an: "Wir werden einmal die Korsettstange für die Union werden."

Mit dieser Zielsetzung trifft sich Schlierer durchaus mit dem rechten Flügel der Berliner FDP. Immerhin ist auch Schlierer fest eingebunden in die rechten Diskussionszusammenhänge, in denen sich Zitelmann heute bewegt. Schlierer nahm beispielsweise an der "Sommeruniversität" 1994 der Jungen Freiheit teil. Er war jahrelang Mitglied des "Studienzentrums Weikersheim" und teilweise in dessen Kuratorium. Ob ihm mit einer Trennung vom rechten REP-Flügel die erneute Annäherung an diese Kreise gelingt und ob er die für eine Zusammenarbeit notwendige konservative Reputation gewinnen kann, bleibt abzuwarten.

Business as usual?

Eine Partei rechts der Union zur dauerhaften Absicherung einer rechtsbürgerlichen Koalition - davon träumt die bundesdeutsche Rechte seit Jahrzehnten. Mit den REPs schien noch vor zwei Jahren eine Kraft zu existieren, die diese Rolle hätte einnehmen können. Doch auch diesmal kam es anders. Die eigene rechte Programmatik der Union, verbunden mit einer Abgrenzung gegen rechts, die ausdrücklich auch die REPs als nicht koalitionsfähig ausschloß, machte die Hoffnungen der Rechten bis auf weiteres zunichte. Bestrebungen innerhalb der Union, diese Abgrenzung zu durchbrechen und selbst aktiv an einer solchen Bündnisstrategie zu arbeiten, kamen nicht zum Zug. Lediglich ein CDU-Bundestagsabgeordneter, Rudolf Krause aus Thüringen, und einige wenige Landespolitiker verließen die Union nach rechts. Alle anderen, die lange Zeit in konservativen Gesprächskreisen, in Institutionen der "Braunzone" wie dem "Studienzentrum Weikersheim", Zusammenarbeit mit den REPs und freien Strömungen des rechten Diskurses gesucht hatten, beugten sich der Parteiräson.

Ob diese Disziplin aber angesichts der knappen Regierungsmehrheit eine Legislaturperiode lang Bestand haben kann, ist eher zweifelhaft. Die faktische Notwendigkeit für die CDU, sich in allen wichtigen Gesetzesvorhaben mit den Sozialdemokraten in einer faktischen großen Koalition zu arrangieren, schafft auch Handlungsfreiheit auf dem rechten Flügel. Die Startplätze für die nächsten Versuche werden jetzt schon verlost.

ES, Hamburg; aus: ak - analyse & kritik

Die Grünen im Bundestag

Bundestag gegen Rechtsextremismus

Obwohl sich die Zahl der rechtsextremistisch und rassistisch motivierten Straftaten auf einem hohen Niveau eingependelt hat, haben die Regierungsparteien bisher keine ausreichenden Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ergriffen. Stattdessen macht vor allem die CDU/CSU durch Skandale von sich reden. Wesentliche Funktionsträger der Union sind zusammen mit bekannten Rechtsextremisten an Stiftungen wie der Stiftung Weikersheim oder an Gesprächsrunden wie dem Berliner Dienstagskreis beteiligt. Daß selbst der Bundeskanzler Grußbotschaften an einen Chirurgenkongreß in China ausgerechnet durch den in Italien in Zusammenhang mit einem Terroranschlag verurteilten Dr. Hart Ung übermitteln lies, der auch Verbindungen in die militante Neonaziszene pflegt, ist nur ein Ausdruck des Umgangs der CDU/CSU mit dem bundesdeutschen Rechtsextremismus . Dem wird die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Griinen eine entschiedene Oppositionspolitik entgegensetzen.

Dabei lehnen wir allgemeine Gesetzes Verschärfungen, die rechtsextreme Gewalt für die Schaffung eines autoritären Staates funktionalisieren, ab. Ein solches Vorgehen fördert nur eine weitere Rechts Entwicklung der Gesellschaft und ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Eine erste Initiative, die ich so schnell wie möglich einbringen werde, ist die Schaffung von Rechtssicherheit für ArbeitnehmerInnen, die die Produktion rassistischer und rechtsextremer Propaganda verweigern und dafür auch keine Dienstleistungen erbringen wollen. Das wird von Gewerkschaften wie den IG Medien, der Deutschen Postgewerkschaft oder der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten bereits seit langem gefordert. Die Postverordnung z.B. kann und muß sofort dahingehend geändert werden, daß niemand mehr zum Austragen rechtsextremer und rassistischer Propaganda gezwungen werden kann.

Obwohl Postminister Bötsch auf einem Gewerkschaftstag der DPG im Herbst 1993 versprach, diese Propaganda von der Beförderung auszuschließen, versucht der Postdienst nun selbst ein Arbeitsgerichtsurteil zu revidieren, das ei-

nem Zusteller, der die Austragung rechtsextremer Propaganda verweigert hatte, bereits Recht gab (Landes Arbeitsgericht Frankfurt a.M., Akten Zeichen 17 Ca 3591/93).

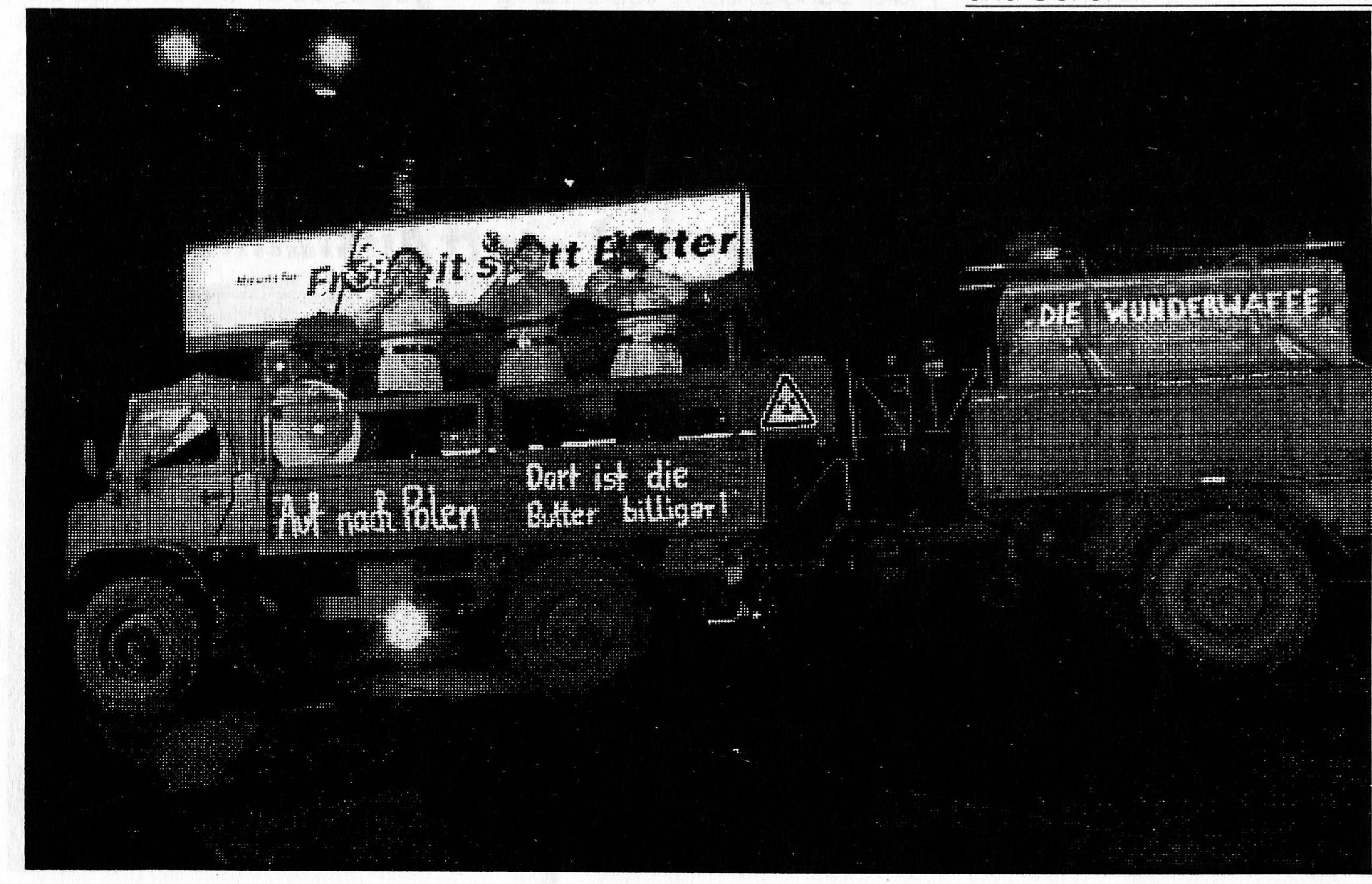
Durch ein solches Vorgehen entlarvt die Bundesregierung ihre Aussage, mit aller Härte gegen Rechtsextremisten vorgehen zu wollen, als Heuchelei. Sie fördert damit rechtsextreme Parteien wie die "Republikaner" oder die "Deutsche Volks Union ", die aus eigener Kraft nicht in der Lage wären, ihre rassistischen Pamphlete bundesweit Flächen deckend zu verteilen.
Wer einerseits die Bürger Innen zur Teilnahme an Lichterketten aufruft, um das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland zu retten, darf sie andererseits nicht noch verpflichten, sich an Produktion und Verbreitung rassistischer Propaganda zu beteiligen.
Das ist besonders dann unglaubwürdig, wenn selbst staatliche Beamte oder öffentlich rechtliche Sendeanstalten dazu angehalten und gezwungen werden.

Kommandantur - Wechsel

Die Bundeswehr befindet sich trotz Reduzierung im Aufschwung. Mittels weltweiter Einsätze kommt sie aus der Stillhalte-Rolle der Kriegsunterstützer, -finanzierer, -ausbilder und Waffenlieferer heraus, zum "langersehnten" Kampfauftrag, und das für nationale Interessen ("noch" mit dem "lästigen" Zwang zur Absprache mit den Partnern). Vielleicht ist das der Grund zum Feiern. Aber es gibt viele, die den Militarismusvorstoß und den Übergang der Deutschen Politik zu militärischen Problemlösungen überhaupt nicht feierlich finden. In Kurdistan wird Völkermord betrieben - mit deutschen Waffen zum Teil geschenkt und mit großzügigen Finanzhilfen, ohne die der Krieg längst nicht mehr führbar wäre. Oder dagegen der "humanitär" - sinnlose Einsatz in Somalia - der Präzedenzfall zur Erlaubnis nach weltweiten Ausflügen in günstigster Situation. Und da feiert die Bundeswehr "seelenruhig" im Pracht - Kaisersaal Erfurt am 18.Oktober 1994 die Außerdienststellung des Verteidigungsbezirkkommandos 71 und die Übernahme der Aufgaben durch die Heimatschutzbrigade 39 Thüringen. Zu diesem "feierlichen" Anlaß lud die Bundeswehr schriftlich Parlamentarier und sonstige Funktionäre sowie ihr eigenes Offiziersgelage aus Thüringen und Umgebung. Landes - und Stadtvertreter, wie Dr. Lippert (Staatssekretär des Thüringer Innenministeriums) und Oberbürgermeister Manfred Ruge (Stadt Erfurt) bewiesen ihre Gefälligkeit mittels eines Grußwortes. Die Öffentlichkeit wurde ferngehalten. Sicherlich ist klar, daß sich die Bundeswehr an ihren angreifbaren und kritikwürdigen Positionen nicht gern der freien Diskussion und Kontrolle unterzieht. Entsprechend zu werten ist auch die Aussage des Oberst Zeigert zur Begrüßung: "Wir haben uns kritischen Meinungen aus der Bevölkerung gestellt und werden auch weiterhin ein offenes Ohr gegenüber ihnen haben." Aber eben nur vor ausschließlich geladen Gästen. Daß unter den Gästen trotz-



dem zwei KritikerInnen saßen, war nicht vorgesehen. Als diese ein Transparent mit der Aufschrift "Heute feiern - morgen okkupieren!" auf dem 2. Rang den Augen der "Kritikbereiten" darboten, bekamen sie die "Offenen Ohren" auch sofort zu spüren. Zwei in Zivil gekleidete Feldjäger, zwei uniformierte Offiziere und drei Dienstpolizisten gingen auf die beiden zu, und rissen ihnen das Transparent aus den Händen. Unter den 3 Dienstgrünen befand sich der zufällig auch geladene Oberst Richter, Chef der Erfurter Polizeidirektion, der sich als Dienststellen-Beauftragter ausgab.
Die zwei AktivistInnen wurden dann aufsehenvermeidend ins Treppenhaus gebracht. Dort wurden ihre Personalien aufgenommen und man stellte ihnen komische Fragen. Daraufhin wurden sie ins Freie begleitet. Dort waren noch 4 weitere AktivistInnen, die inzwischen protestlos gemacht wurden.
Diese versuchten gleichzeitig vor dem Eingang ein Transparent zur Geltung zu bringen: "Beteiligung am Völkermord - kein Grund zum feiern!" Dazu sollten bürgernahe Flugi's verteilt werden und wörtlich auf die schmutzige Rolle der Bundeswehr im internationalen Kriegs-, Krisen- und Rüstungsgeschäft aufmerksam gemacht werden. Nachdem ein ebenfalls in Zivil gekleideter Feldjäger in Funktion eines Türwächters keinen Erfolg gegen die "Unangemeldete Demo" hatte, erschien wiederum Herr Richter und bestellte nach Prüfung der Sachlage zwei Taxis im besonderen Einsatz. Der Diensthabende wurde von den AktivistInnen über die Rechtslage im Falle einer unangemeldeten Demonstration aufgeklärt, er seinerseits nahm die Personalien auf und löste die Aktion rechtmäßig nach einer vorgegebenen Frist auf. Die ab dann passiven AktivistInnen gaben Anlaß zur Aufstockung der Einsatzwagen auf 8 Stück. Unbemerkt gesellten sich noch zwei Zivil - Fahrzeuge mit Insassen dazu. Ein Polizist versuchte noch eine halbe Stunde lang, sein Können im Paßbildschießen zu erproben.
Einschätzung der Aktion: Sehr schmal angelegt bewies sie jedoch die Reaktionsfreude der Bundeswehr auf jegliche Kritik. Scheinbar hatte sich die Bundeswehr in diesem Falle überhaupt nicht vorbereitet. Obwohl es laut Informationswisch zur geschlossenen Veranstaltung als Hauptaufgabe des ehemaligen Kommandos bezeichnet wurde: "Zur Kenntnis vom Wesen der Bundeswehr und zur Bildung von Vertrauen gegenüber den Streitkräften in der Öffentlichkeit beizutragen." Wie eine vorbereitete Aktion aussieht, war übrigens an einem Novemberabend im Café Spinnennetz zu erleben. Drei starke gutaussehende Jungoffiziere kamen gegen 21.00 Uhr in das Café und pendelten, stehend an der Theke, Leute zu Gesprächen an. Als sie sich mit zwei KritikerInnen auf Diskussionen einließen, zeigte sich, daß sie nicht einmal ihre eigenen Resulotionspapiere kannten (etwa wie BW-Auftrag, Beschlüsse von Rom).
Später gab einer zu, problemlos töten zu können und Morde seiner Kameraden im Falle des Falles gewissentlich vertreten zu können. Die anderen beiden ließen sich nicht so gehen. Als die Unerwünschten 3 dann erfolglos den Heimweg antraten, verfolgte die Kritiker bei deren Heimweg "zufällig" eine Polizeistreife, die nicht einmal Alkohol am Steuer feststellen konnte.
Aktiv gegen Zwangsdienste und Co. e.V.



NEUES VON RECHTS

Abspaltungen innerhalb der Szene

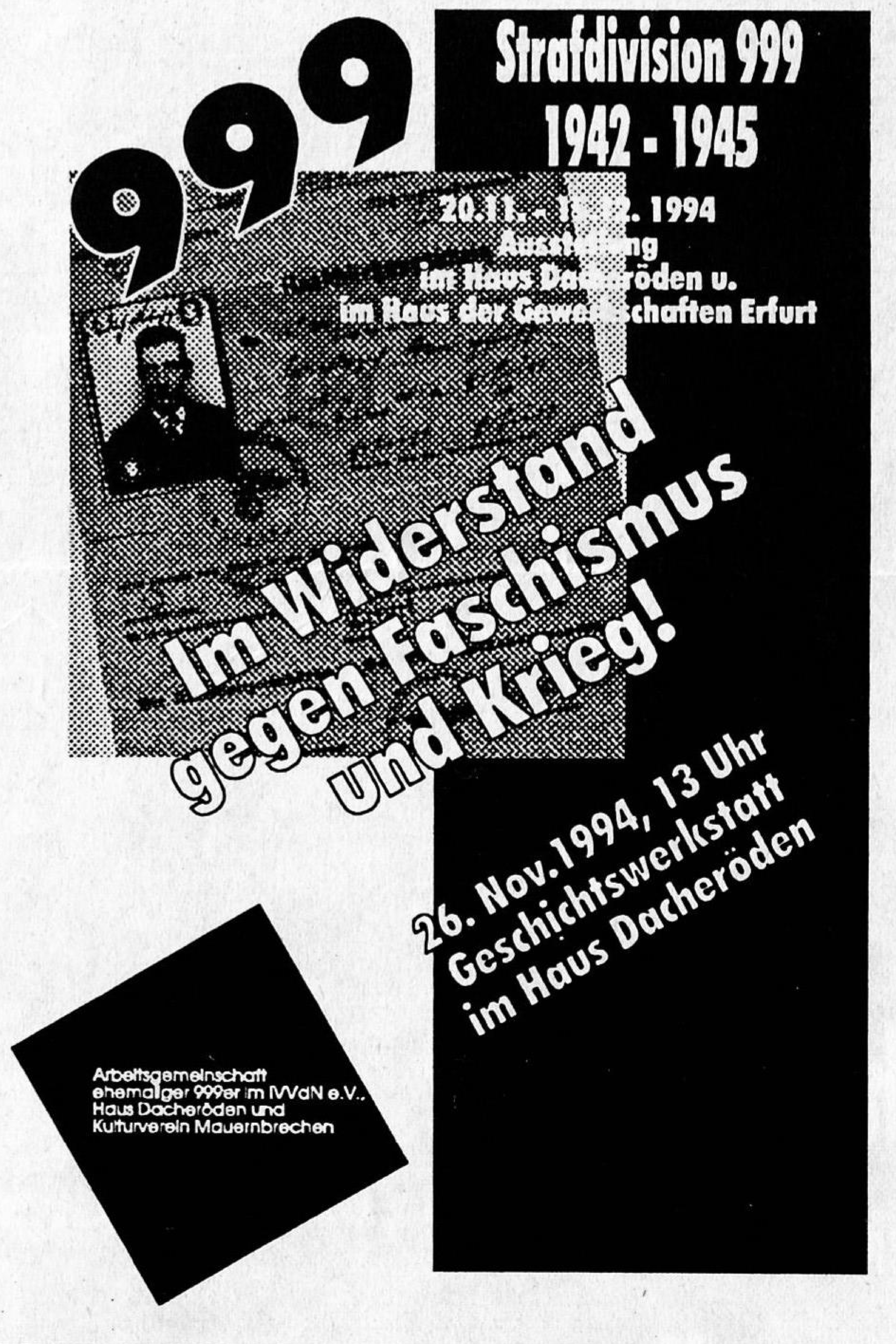
Mühlhausen (Thüringen) - Der vorbestrafte Neonazi Michael Neubauer hat sich von der "Aktion Sauberes Deutschland" (ASD) des Ernst Tag (Ludwigshafen, 47) getrennt. Neben der Mühlhausener ADS-Ortsgruppe unter Michael Neubauer bestand in Thüringen eine weitere in Leinefelde, die von Michael See, Mitglied der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" angeführt wurde. Der 20jährige Michael See ist darüber hinaus Herausgeber des Periodikums "Sonnenbanner". Das "Nationale Sozialistische Monatsblatt", so der Untertitel des "Sonnenbanner", wurde in der ersten Ausgabe als "Zentralorgan der ASD Thüringen" geführt.
Neubauer bekleidet nun das Amt des Organisationsleiters eines "Freundeskreis Nationaler Sozialisten" (FNS). "Im FNS haben sich", so die Ankündigungen der Kleinstorganisation, "deutsche Bürger zusammengefunden, die sich der Weltanschauung des nationalen Sozialismus verpflichtet fühlen".
Weiter heißt es in der Erklärung des FNS: "In der Umsetzung unserer Ziele sind wir revolutionär, radikal und kompromißlos." In seiner Zielsetzung verpflichtet sich der neonazistische "Freundeskreis" unter anderem zur "Schaffung einer weltanschaulich geschlossenen Bewegung", der "Eindämmung der volksfremden Religionen" und "Schaffung neuer Disziplin und Ordnung im Staat". Der "Kampf" des FNS richtet sich in erster Linie gegen die "Schaffung einer global bestimmten und multikulturell verflachten Einheitsrasse und -gesellschaft durch ungehemmten Zustrom und versuchte Integration von rassefremden Ausländern".
Nach der Trennung der Thüringer Ortsgruppen von der ASD verbleiben der 1986 gegründeten "Aktion Sauberes Deutschland" noch Ortsgruppen im rheinland-pfälzischen Pirmasens, Leiter ist der 19jährige Skinhead Markus Walter, sowie in Lörrach und Weil am Rhein (Baden-Württemberg).
Unklar ist, ob Michael See und Michael Neubauer auch in Zukunft im "Internationalen Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV) mitarbeiten werden. Neubauer und See repräsentieren das von Ernst Tag angeführte IHV, eine Art braune Hilfe für inhaftierte Neonazis, als Bezirksleiter in Thüringen.

(S.B.)

Feind im Innern: Bundeswehr gegen Altenburger Jugendhaus

Mitte November stürmten Feldjäger der Bundeswehr in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das alternative Jugendhaus in **Altenburg/Thüringen**. Mit Westen, Helmen und Rammen ausgerüstet und durch Polizeibeamte unterstützt, durchwühlten sie Schränke, Bücher und Kleidungsstücke, fesselten Jugendliche und unterzogen sie Leibesvisitationen. Anlaß der Stürmung soll die Vermutung gewesen sein, daß sich jugendliche Wehrdienstverweigerer in dem Haus aufhielten. Einige Bewohner wollen Anzeige wegen Rechtswidrigkeit der Durchsuchung durch "Bundeswehr-Rambos und deren polizeiliche Gehilfen" erstatten.

(junge Welt, 19.11.94)



999er - Ausstellung

Bis Ende des Jahres kann im Erfurter Gewerkschaftshaus die Ausstellung zur "Strafdivision 999" besichtigt werden.

Vierter antirassistischer Ratschlag

Auf Grund der guten Erfahrungen beabsichtigt die LAG Antirassismus am 4.11.95 den nächsten Ratschlag durchzuführen. Ideen und Anregungen bitte an: Angelo Lucifero, J.-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt (0361 5961 293; Fax 5961 299)

Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden.

Spendenkonto: Kennwort ANTH, BfG Erfurt, 2371243701
Antifa Nachrichten Thüringen; Angelo Lucifero, Juri Gagarin Ring 150, 99084 Erfurt; Tel.: 0361 5961 293 (11.94)

Eure Termine könnten hier auch stehen .....

14. Dez. 94, 18.oo Uhr
Haus d. Gewerkschaften, Erfurt

AG Rassismus
- Jugend -
Bildung

18. März 95, 11.oo Uhr
Haus d. Gewerkschaften Erfurt

Alles Haß und Gewalt?

Diskussionsforum mit Gerald Scheidler und interessierten SozialarbeiterInnen, Streetworken, LehrerInnen und TeamerInnen der freien Bildungsträger

17. Dez. 13.oo Uhr

Offene Arbeit, Allerheiligenstrasse, Erfurt

LINKES JUGENDtreffen

11. April 1945 Selbstbefreiung des KZ-Buchenwald

8. Mai 1945 Befreiung vom Nazi-Faschismus